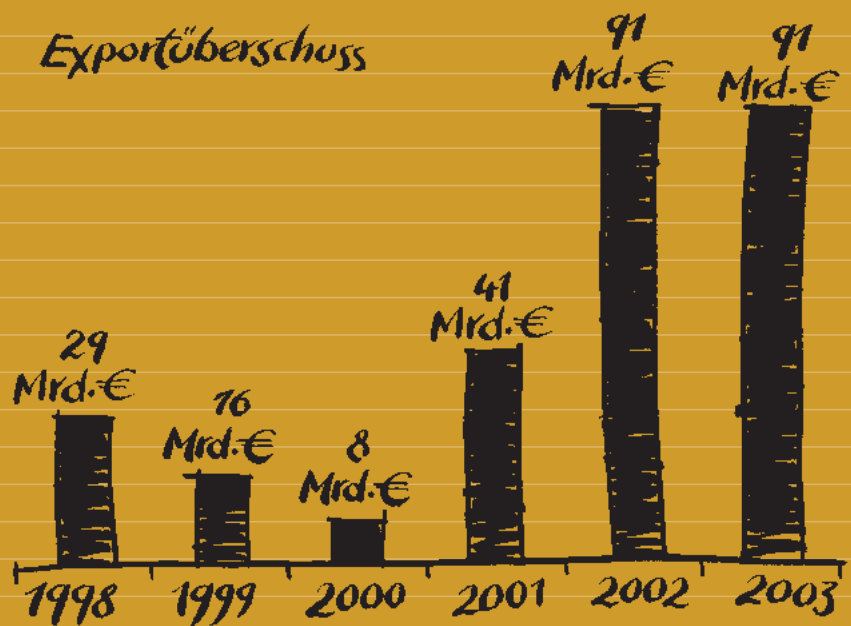


# Mythos Standort-schwäche

- Schreckgespenst Globalisierung 1
- Exportweltmeister 4
- Stark bei High-Tech 7
- Alles nur Schein? 9
- EU-Osterweiterung – Chancen nutzen 11
- Gutes Geld für gute Arbeit! 14
- Verlagerung von Arbeitsplätzen 16
- Motive für Auslandsinvestitionen 18
- Sachzwang Senkung der Unternehmenssteuern? 20
- Binnennachfrage stärken – Europa sozial gestalten 22



ver.di

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

**Herausgeber:**

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e. V.

Bundesvorstand

Ressort 2

Paula-Thiede-Ufer 10

10179 Berlin

**Verantwortlich:**

Margret Mönig-Raane

**Bearbeitung:**

Bereich Wirtschaftspolitik

Michael Schlecht (Bereichsleiter)

Ralf Krämer

Dr. Sabine Reiner

Dr. Norbert Reuter

Anita Weber

Florian Moritz

**Kontakt:**

Wirtschaftspolitik@verdi.de

www.wipo.verdi.de

**Karikatur:**

Thomas Plaßmann, Frankfurter Rundschau

**Herstellung:**

Hauer+Ege GmbH, Stuttgart

**Druck:**

apm, Eppelheim

W-2124-11-0604

Juni 2004

# Schreckgespenst Globalisierung

Miele ist ein Traditionsunternehmen, das seit Jahrzehnten in Gütersloh Waschmaschinen von hoher Qualität herstellt. Im Jahr 2003 hat es die Miele-Beschäftigten erwischt: Das Unternehmen hat die Produktion der Toplader-Waschmaschinen nach Tschechien ausgelagert.

Miele-Betriebsrat Klaus Niebusch rechnet vor, dass die Belegschaft auf 50 Prozent des Lohns hätte verzichten müssen: Toplader werden nur in kleiner Stückzahl nachgefragt. Deswegen lohnt die automatische Herstellung nicht. Die arbeitsintensive Fertigung in Tschechien ist unschlagbar billig. 80 von insgesamt 4.800 Arbeitsplätze gingen in Gütersloh verloren.

Um 70 bis 80 Prozent verdienen Polen, Tschechen und Ungarn weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in Deutschland. In der Ukraine erreichen die Löhne nur vier Prozent des deutschen Niveaus. Und in China gibt es zwar einen Mindestlohn von 44 Euro im Monat. Doch große multinationale Abnehmer drücken selbst diesen geringen Lohn noch tiefer.

**Für 27 Euro im Monat und mit Arbeitstagen von bis zu 18 Stunden produzieren chinesische Beschäftigte elektrische Haushaltsgeräte für WalMart.**

## Angst vor Arbeitsplatzverlust

Kein Wunder, dass viele Beschäftigte verunsichert sind. Sie fürchten, dass „ihr“ Betrieb der nächste sein könnte, der Werkstore oder Büroräume schließt und ganz oder mit Teilen der Produktion ins Ausland zieht.

Für Rot-Grün, für Kanzler Schröder erzwingt – neben der demografischen Entwicklung\* – die Öffnung der weltweiten Märkte den Abbau des Sozialstaates. Deshalb die Agenda 2010. Wer dagegen ist, baut eine neue Mauer. „Die Frage ist, ob wir Schritt halten wollen oder ob wir glauben, wir könnten uns dagegen stemmen – gleichsam eine neue intellektuelle, politische, ökonomische Mauer um unser Land bauen.“ So Schröder auf der Jahrestagung des *Bundesverbands der deutschen Industrie* im Juni 2004, wenige Tage nach dem Wahldesaster der SPD bei der Europa-Wahl. Die Devise heißt: Mit Volldampf in die Sackgasse. Wer für Gerechtigkeit und Sicherung des Sozialstaates ist wird als Mauerbauer diffamiert.

Auch die Opposition schürt die Angst vor Arbeitsplatzverlust um den Sozialstaat zu demontieren.

Der Dirigent des Panikorchesters ist der bayerische Ministerpräsident Stoiber.

**Auf 50.000 hat Stoiber die Zahl der verlorenen Arbeitsplätze je Monat beziffert. Diese Zahl ist frei erfunden.**

Weder Stoibers Staatskanzlei noch das Bundeswirtschaftsministerium können sie bestätigen.

## Laufen die Arbeitsplätze weg?

Miele ist kein Einzelfall. Es gibt viele solcher Fälle. In den konkreten sozialen Auswirkungen häufig sehr bitter für die Betroffenen. Das entscheidende Problem ist aber, dass es keine Ersatzarbeitsplätze gibt.

Häufig wird Produktionsverlagerung zum allgemeinen volkswirtschaftlichen Trend erklärt. Doch das ist falsch! Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit schwindet nicht. Trotz aller berechtigten Sorgen um tatsächliche oder angedrohte Verlagerung in vielen Betrieben.

\* Siehe hierzu die ver.di-Broschüre „Mythos Demografie“

Deutschland ist Exportweltmeister – noch vor den USA, obwohl dort dreieinhalbmal so viele Erwerbstätige arbeiten. Die in deutschen Ländern angeblich so teuer produzierten Güter werden weltweit gekauft!

**Ein Zehntel aller weltweit exportierten Güter kommt aus Deutschland – Tendenz in den letzten vier Jahren ununterbrochen steigend.**

Exportüberschuss bedeutet nichts anderes als die Sicherung von heimischen Arbeitsplätzen durch die ausländischen Käufer. Allein in der Metallverarbeitung gibt es im Jahr 2003 durch den Exportüberschuss einen rechnerischen „Beschäftigungseffekt“ in Höhe von 700.000 Arbeitsplätzen.

### **Achillesferse schwache Binnennachfrage**

Verlagerung von Produktionsstätten als Form der Arbeitsteilung ist keine neue Entwicklung. Die Textilindustrie und die Produktion von Radio- und Fernsehgeräten sind Beispiele dafür, dass vor allem arbeitsintensive Branchen bereits seit den 70er Jahren in Länder mit niedrigerem Lohnniveau verlagert wurden. Der Aufbau von Industrien in anderen Ländern ist gut für die Menschen dort. Und er nutzt den exportierenden Ländern mit der dadurch wachsenden Nachfrage aus diesen Ländern.

*Eine Lohnsenkung von durchschnittlich 10 bis 15 Prozent würde ausreichen, die Arbeitslosigkeit weitgehend zu beseitigen, wobei bei den gering Qualifizierten sicherlich eine Lohnsenkung um ein Drittel benötigt würde.*

*Hans-Werner Sinn, in: „Ist Deutschland noch zu retten?“*

Die Verlagerungen von Arbeitsplätzen sind zum Problem geworden, weil nicht gleichzeitig durch Wachstum und Strukturwandel neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Kein Wunder. Die Binnenachfrage ist durch zu niedrige Lohnerhöhungen in den letzten Jahren zu schwach. Auch der Staat hat durch immer tiefere Schnitte bei den Ausgaben die Nachfrage stranguliert. Wäre mit mehr Wachstum mehr Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden, so würden viele Produktionsverlagerungen ihre soziale Brisanz verlieren.

Bei hoher Arbeitslosigkeit ist es für die Betroffenen schwer, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Das macht die Beschäftigten erpressbar. Es führt zu Angst und Verunsicherung. Und zur Bereitschaft sich auf Irrlehren einzulassen.

### **Arbeitsteilung als Stärke**

Der wichtigste Grund für die Eröffnung ausländischer Produktionsstätten ist die Erschließung neuer Märkte. Ein weiterer Grund ist die günstigere Produktion von Vorleistungen – zum Beispiel Zulieferteile für den Automobilbau. Für die Beschäftigten in den betroffenen Zulieferbetrieben kann das in

der Tat Arbeitsplatzverlust bedeuten. Betriebsräte und Gewerkschaften können das nicht immer verhindern. Die Branche insgesamt wird dadurch aber gestärkt! Dadurch entstehen neue Arbeitsplätze.

Gerade die deutsche Autoindustrie ist unverändert stark. Zum Beispiel hat VW in den 90er Jahren den tschechischen Traditionsbetrieb Skoda-Auto übernommen und lässt in der slowakischen Hauptstadt Bratislava produzieren. Auch andere Autohersteller haben Produktionen verlagert. Trotzdem hat die Branche in Deutschland nicht gelitten. Das gilt auch für die Beschäftigung.

**Die Anzahl der Beschäftigten in der deutschen Automobilindustrie ist in den letzten zehn Jahren um 20 Prozent gestiegen.**

### **Peitsche „Standortschwäche“**

Wider besseren Wissens zeichnen wirtschaftsfreundliche „Experten“ ein Bild von „Deutschland, dem kranken Mann Europas“ und behaupten, der Wohlstand verflüchtige sich zunehmend. Unter anderem durch Produktionsverlagerungen. So bereiten sie den Boden für weitere radikale „Reformen“: längere Arbeitszeiten und niedrigere Löhne.

**Arbeitgeber wissen, dass sie schon mit lautem Nachdenken oder der Drohung von Verlagerung Druck ausüben.**

Doch auch solche „Hilfsmittel“ halten Unternehmer, die ins Ausland wollen, nicht von ihren Plänen ab. Ein Einlassen auf Dumpingwettbewerb wäre jedoch verhängnisvoll: Die Nachfrage und das Wachstum werden weiter geschwächt. Der Staat hätte noch weniger Geld für Investitionen. Die Arbeitslosigkeit steigt, die inländische Nachfrage würde weiter sinken. Ein Teufelskreis!

### Internationale Solidarität

Die Drohung mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen soll das Konkurrenzdenken zwischen den Beschäftigten schüren. Der Programmierer in Hamburg fühlt sich bedroht durch die Kollegin in Bangalore, die für 10.000 US-Dollar im Jahr die gleiche Arbeit erledigt wie er. Die Krankenpflegerin aus Chemnitz fürchtet die Konkurrentin aus Tschechien.

*Wir lehnen einen Dumping-Wettbewerb ab. Sowohl bei den Steuern als auch bei den so genannten „billigen Arbeitskräften“. Das ist sowieso ein beleidigender Begriff. Die Arbeitgeber drohen auch hier in Tschechien mit dem Abzug nach Osten. Bei Skoda Auto hat ein früherer VW-Vorstand mit dem Abzug nach Mexiko gedroht. Dagegen müssen wir gemeinsam kämpfen als Gewerkschaften in ganz Europa.*

*Jan Uhlik, Präsident der tschechischen Metall-Arbeiter-Gewerkschaft*

Die Beschäftigten in den so genannten Billiglohnländern stehen unter dem Druck der gleichen Drohungen. In vielen Ländern sind allerdings die Gewerkschaften erheblich schwächer als in

Deutschland. Deshalb muss die internationale Zusammenarbeit ausgebaut werden. Dieser Aufgabe widmet sich ver.di bereits in internationalen Gewerkschaftsvereinigungen.\*

\* Zum Beispiel in der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD), in der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) und dem Union Network International (UNI).



## Exportweltmeister

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist in Gefahr.“ Egal ob Sozialabbau, niedrige Löhne oder der Ruf nach Arbeitszeitverlängerung – es sind stets dieselben Behauptungen, die Konzerne, Wirtschaftsverbände und Politiker zur Rechtfertigung ihrer Maßnahmen aus der Schublade holen.

Glaubt man diesen Stimmen, steht die deutsche Wirtschaft international schlecht da. Doch es genügt ein Blick in die Statistik um festzustellen: Der Standort Deutschland ist wettbewerbsfähig.

Besondere Qualitätsmerkmale in der Bundesrepublik sind Produktivität und Infrastruktur. Sie sind das Ergebnis eines hohen Standes bei Forschung und Entwicklung sowie der guten Ausbildung der Arbeitskräfte. Die Qualität gerät aber zunehmend durch Kürzungen der öffentlichen Ausgaben in Gefahr. Damit Deutschland auch in Zukunft in der ersten Liga mithalten kann, werden Investitionen in Bildung und Forschung immer wichtiger.

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft muss gesichert werden durch Zukunftsinvestitionen in Forschung, Ausbildung und Infrastruktur.

### Das Ausland im Kaufrausch

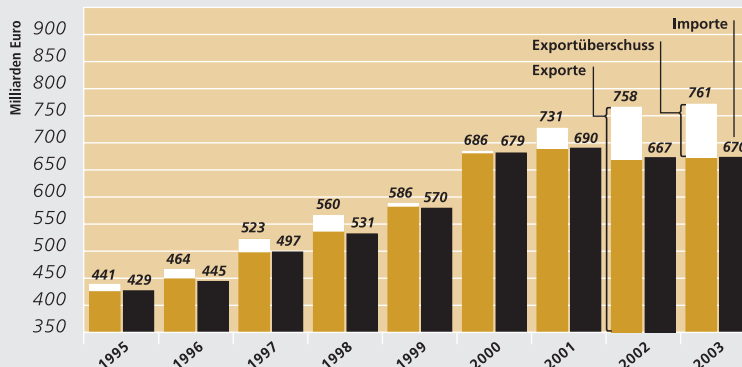
Seit 1975 stiegen die deutschen Exporte fast ununterbrochen an. Heute sind sie fast doppelt so hoch wie Mitte der 90er Jahre. Im Jahr 2003 wurden deutsche Waren und Dienstleistungen im Wert von 761 Milliarden Euro ins Ausland exportiert – das sind 30 Milliarden Euro mehr als zwei Jahre zuvor.

International spielt Deutschland in der ersten Liga.

Deutschland ist aus Sicht ausländischer Unternehmen attraktivster Standort in Europa. Nur China und die Vereinigten Staaten gelten als attraktivere Standorte. Besonders geschätzt wird Deutschland für seine Infrastruktur (Verkehrswege und Telekommunikation), die Qualität von Forschung & Entwicklung, Ausbildung der Arbeitskräfte und die Produktivitätssteigerungen, die am Standort Deutschland erreicht werden können.

Ergebnisse einer Umfrage des Wirtschaftsprüfungsunternehmens Ernst & Young unter mehr als 500 ausländischen, international tätigen Unternehmen, Mai 2004

Von Rekord zu Rekord



Seit Jahren werden mehr Waren und Dienstleistungen aus Deutschland ausgeführt (Exporte) als aus dem Ausland eingeführt (Importe). 2003 war Deutschland nicht nur beim Exportüberschuss (Exporte minus Importe) erneut Weltmeister, sondern nun auch bei den Exporten (ohne Abzug der Importe).

Lediglich nach der Wiedervereinigung gingen die Exporte Gesamtdeutschlands zurück. Der Grund: Die früheren westdeutschen Exporte in die DDR fielen aus der Statistik heraus. Außerdem konzentrierte sich die Wirtschaft der alten Bundesländer verstärkt auf den Markt im Osten Deutschlands und weniger auf den Export in andere Länder. 1997 lagen die Exporte zum ersten Mal über dem Wert der alten Bundesländer von 1991.

**Über 90 Milliarden Euro betrug der deutsche Exportüberschuss im Jahr 2003.**

**Exportüberschuss schlägt Standort-Panik**

Der Exportüberschuss, der als Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes gilt, wuchs in Deutschland ebenfalls und erreichte im Jahr 2003 einen neuen Rekordwert: Waren und Dienstleistungen im Wert von über 90 Milliarden Euro wurden mehr exportiert als nach Deutschland eingeführt wurden. Zwar gingen seit 2001 auch die deutschen Importe leicht zurück: Der Zuwachs beim Exportüberschuss liegt jedoch zum überwiegenden Teil an den steigenden Exporten.

Der größte Teil unseres Außenhandels ist der Warenhandel. Nur rund 20 Prozent trägt der Handel mit Dienstleistungen bei. Ohne Berücksichtigung der Dienstleistungen ist der Exportüberschuss Deutschlands noch deutlich größer: Im Jahr 2003 hätte er bei 130 Milliarden Euro gelegen. Das liegt daran, dass der so genannte Dienstleistungsbilanzsaldo in Deutschland traditionell negativ ist. Die Importe von Dienstleistungen übersteigen Jahr für Jahr die Exporte von Dienstleistungen.

**Einnahmen für andere Länder**

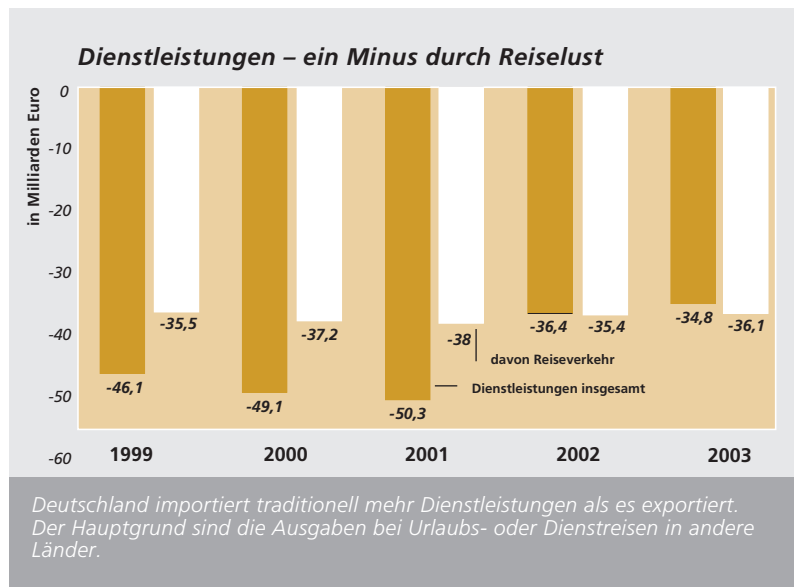
Die negative Dienstleistungsbilanz zeigt aber nicht etwa an, dass Deutschland den Sprung in die Dienstleistungsgesellschaft noch nicht geschafft hätte. Der Saldo ist vor allem deshalb negativ, weil die Deutschen reiselustig sind: Eine Auslandsreise, mit Nutzung von Hotels und Leihwagen etwa,

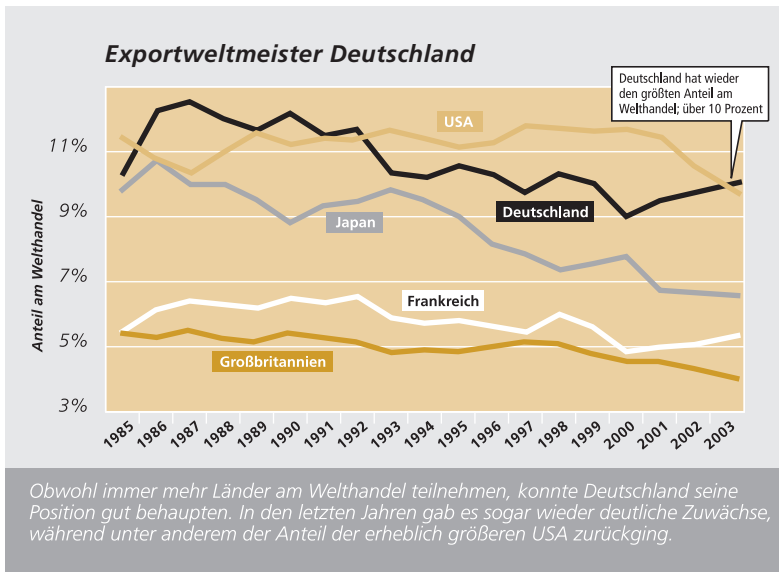
wird wie ein Import von Dienstleistungen gewertet. Jedes kühle Bier am Mittelmeer und jede Taxifahrt durch London drückt den deutschen Dienstleistungsbilanzsaldo um ein paar Euro. Ohne Reiseverkehr wäre auch dieser Saldo im Jahr 2003 leicht positiv gewesen.

**Die deutsche Reiselust ist kein Zeichen von Wettbewerbschwäche.**

Unsere Ausgaben sind Einnahmen für die Urlaubsländer. Sie können damit wiederum Waren und Dienstleistungen aus anderen Ländern – zum Beispiel aus Deutschland – kaufen. Das ist der Sinn des internationalen Handels.

Die Handelsbeziehungen aller Länder der Erde gleichen sich ohnehin insgesamt aus. Jeder Export aus einem Land ist ein Import in





weltweit exportierten Güter aus Deutschland – obwohl in den letzten Jahren immer mehr Länder am Welthandel teilgenommen haben.

Ein Zehntel aller weltweit exportierten Güter kommen inzwischen aus Deutschland.

### Deutschlands Handelspartner

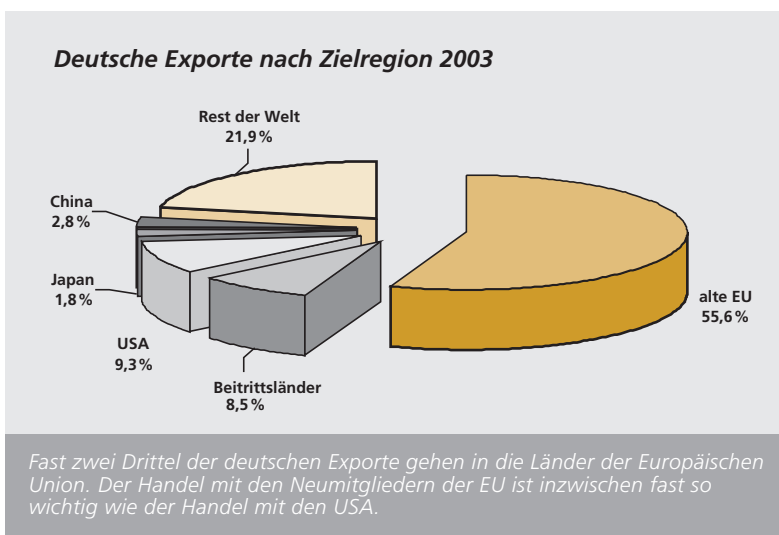
Mehr als die Hälfte seines Handels tätigt Deutschland mit den Ländern der alten EU. Auch der Handel mit den neuen EU-Mitgliedern ist immer wichtiger geworden. Polen, Tschechien und Ungarn sind unsere größten Handelspartner in Osteuropa. Der Handel mit den Neumitgliedern insgesamt ist inzwischen für Deutschland fast so umfangreich wie der Handel mit den USA.

In Asien wird China als Handelspartner immer wichtiger. Noch im Jahr 2000 war Japan der größte Partner Deutschlands in Asien. Seither hat China diese Rolle übernommen. Der Außenhandel ist jährlich um 25 Prozent gewachsen. Im Jahr 2003 hat Deutschland Waren für gut 18 Milliarden Euro nach China verkauft und Waren für 25 Milliarden Euro dort eingekauft.

einem anderen Land. Die Länder mit Exportüberschüssen produzieren mehr als sie verbrauchen. Ihnen stehen Länder gegenüber, die mehr verbrauchen als sie selbst produzieren.

### Exportweltmeister Deutschland

Die Deutschen sind wieder „Exportweltmeister“. Seit 2000 stieg der deutsche Welthandelsanteil stetig an und überholte im Jahr 2003 zum ersten Mal seit der deutschen Einheit wieder den Anteil der riesigen Volkswirtschaft USA. Damit kommen ein Zehntel aller





# Stark bei High-Tech

Im Export sind wir zwar noch stark, aber nicht mit innovativen Produkten der Zukunft. Deshalb wird sich unser Wohlstand ohne weitere radikale „Reformen“ unweigerlich verflüchtigen. Mit solcher Schwarzmalerei verängstigten Politik, Medien und die Wirtschaft die Bevölkerung.

### Weiterhin Wertarbeit

Innovative, neu entwickelte Produkte sind ein Zeichen von Wettbewerbsstärke. Solche Produkte sind forschungs- und entwicklungsintensiv. Andere Länder können sie nicht so schnell nachahmen und billiger herstellen. In der Statistik tauchen diese Waren als „Spitzentechnologie“ und „hochwertige Technologie“ auf.

**Deutschland ist traditionell stark bei forschungs- und entwicklungsintensiven Waren.**

Deutschlands Stärke liegt traditionell im Bereich der „hochwertigen Technologie“. Dazu zählen Maschinen, Medikamente und Autos. Sie machen einen großen Teil des Exports aus. Zur „Spitzentechnologie“ gehören zum Beispiel EDV-Produkte und Flugzeuge. Die Nachfrage nach diesen Gütern unterliegt oft kurzfristigen Schwankungen, wie sich zum Beispiel beim New-Economy-Boom gezeigt hat.

*Wir werden mit den Änderungen der Agenda 2010 im internationalen Wettbewerb mit Sicherheit nicht bestehen können. Das reicht hinten und vorne nicht aus. Beim Welthandel haben wir im Bereich der modernen Technologien unbestreitbar verloren.*

*Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber in der Sendung Sabine Christiansen am 26. Oktober 2003*

*Die US-Konkurrenz produziert weniger hochwertig, und Japan liefert Massenproduktion, deshalb führt Deutschland in der hochwertigen, maßgeschneiderten Produktion.*

*Olaf Wortmann, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, Financial Times Deutschland, 14. Oktober 2003*

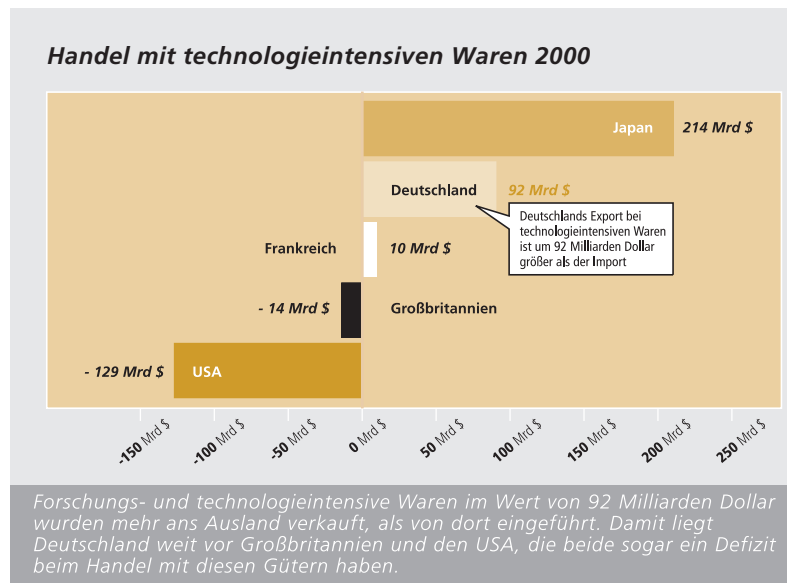
Beim Handel mit forschungs- und entwicklungsintensiven Waren hatte Deutschland im Jahr 2000 einen beachtlichen Exportüberschuss. Er wurde nur von Japan übertroffen. Die USA – das Land von Microsoft und IBM – hatte dagegen ein deutliches Defizit.

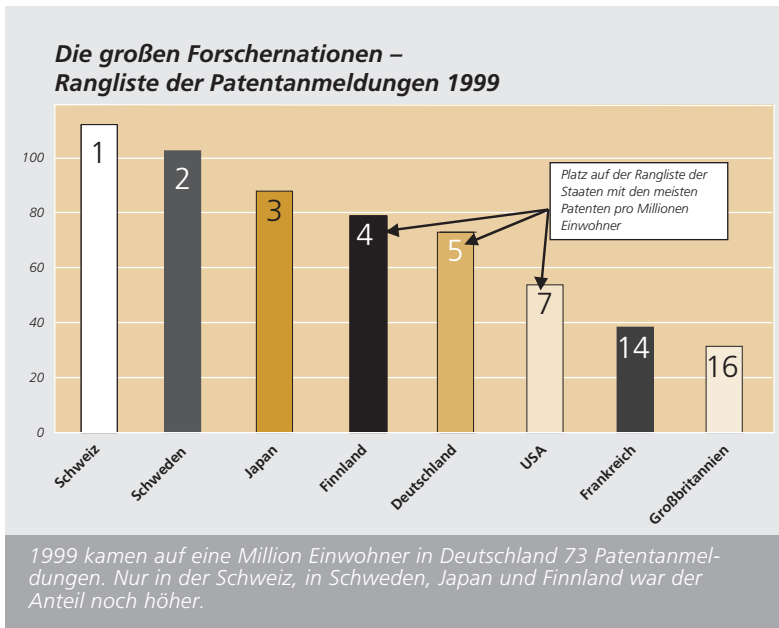
Auch im Bereich technologischer Dienstleistungen (Patente und Lizenzen, Forschungs-, Entwicklungs-, EDV- und Ingenieur-

leistungen) lässt sich keine Schwäche nachweisen. Jüngste Untersuchungen zeigen, dass Deutschland im internationalen Vergleich sogar besser abschneidet als viele andere Industrieländer.

### Gut ausgebildet und innovativ

Die starke Position im Bereich der hochwertigen Technologie ist ein Zeichen für gut ausgebildete und innovative Fachkräfte. Ein wei-





## Sparen an der falschen Stelle

Der Wohlstand in Deutschland gründet sich vor allem auf die hohe Qualifikation der Beschäftigten. Eine katastrophale Sparpolitik bedroht das Bildungsniveau und unsere Forschung und Innovationsfähigkeit.

Die Bundesregierung betont zwar, dass sie die Ausgaben für Bildung und Forschung erhöht hat. Doch gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist der Anteil von 5,6 Prozent im Jahr 1999 auf 5,3 Prozent im Jahr 2000 sogar gesunken. Der Durchschnitt der Industrieländer liegt bei 5,5 Prozent. Länder wie Dänemark oder Frankreich geben über sechs und die USA sogar sieben Prozent für Bildung aus.

teres Zeichen: Das Europäische Patentamt hat im Jahr 2003 mit 13.400 die meisten Patente innerhalb Europas an Deutschland erteilt. Mit großem Abstand folgen Frankreich (4.800) und Großbritannien (2.700). Nur an die USA hat das Europäische Patentamt mit 15.100 mehr Patente erteilt.

**Deutschland gehört zu den größten Forschernationen der Welt.**

Auf der Rangliste der weltweiten Patentanmeldungen liegt Deutschland auf Platz fünf – noch vor USA, Frankreich und Großbritannien. Diese Liste misst die Patentanmeldungen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der jeweiligen Länder.

**Wir wollen, dass das Bildungsniveau und damit die Innovationsfähigkeit Deutschlands verbessert wird. So wird die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig gesichert.**

*Deutschlands Position bei technologischen Dienstleistungen zeigt aber in Relation zu seinem gesamten internationalen Dienstleistungsverkehr keine besonderen Schwächen. Auch ist in den vergangenen Jahren keineswegs eine Verschlechterung eingetreten. Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland besser ab als manches andere Industrieland.*

*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 22/2004*

*BMW beispielsweise hat Leipzig auch deshalb den Vorzug gegenüber einem tschechischen Standort gegeben, weil die Kosten für die Qualifizierung der tschechischen Arbeitnehmer als sehr hoch eingeschätzt wurden.*

*Steffen Kinkel, Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Brand Eins Wirtschaftsmagazin, 10/2003*

# Alles nur Schein?

Deutschland ist Exportweltmeister. Warum sollen dann die Löhne runter, die Sozialleistungen gekappt, Staatsausgaben gestrichen werden? Neoliberale Ökonomen haben sich etwas einfallen lassen. Ihre Botschaft: Die hohen Exportzahlen seien kein Ausweis für Wettbewerbsfähigkeit. Statt zu produzieren würde in Deutschland nur noch gehandelt – eine bloße Schein- und Basar-Ökonomie.

Mittlerweile ist offensichtlich jedes Argument recht, um die Notwendigkeit sozialer Einschnitte und von Lohnkürzungen zu „belegen“. Im Zuge des internationalen Warenaustauschs werden natürlich auch Produkte importiert, hier weiterverarbeitet und dann exportiert. Dies ist schlicht der Sinn und der Vorteil der internationalen Arbeitsteilung, der sonst von allen Ökonomen hoch gelobt wird.

*Deutschland entwickelt sich in die Richtung einer Basar-Ökonomie, denn es beliefert die Welt mit billigen und guten Produkten, die es in zunehmendem Maße nicht mehr selbst erzeugt, sondern in seinem osteuropäischen Hinterland produzieren lässt.*

*Der Chef-Ideologe des Neoliberalismus Hans-Werner Sinn, Die Welt vom 26. Januar 2004*

## Exportüberschuss widerlegt „Basar-Ökonomie“

2003 wurden Waren und Dienstleistungen für 670 Milliarden Euro importiert, aber Werte in Höhe von 761 Milliarden Euro exportiert. Dies ergibt einen Rekord-Überschuss von über 90 Milliarden Euro. Dieser wird im Inland produziert – nicht auf einem Basar, sondern mit viel Arbeit in Büros und Fabriken. Jeder fünfte Beschäftigte – das sind fast acht Millionen Beschäftigte – arbeitet in Deutschland für den Export.

Die acht Millionen Beschäftigten, die in Deutschland für den Export produzieren, sind keine Händler auf einem Basar, sondern stellen Produkte und Dienstleistungen her, die international begehrt sind – weil Qualität und Preise stimmen.

## Exporte brauchen Importe

Es wäre völlig unökonomisch, wenn Deutschland möglichst wenig importieren und alles selber produzieren wollte. Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung liegen gerade darin, dass einzelne Länder sich auf bestimmte Produktionen spezialisieren und so besser und billiger produzieren. Ländern mit geringerem Industrialisierungsgrad würden zudem Möglichkeiten genommen, über den Export ein-

facher Produkte Devisen zu erwirtschaften. Die brauchen sie um dringend notwendige High-Tech-Produkte importieren zu können – zum Beispiel aus Deutschland.

Außerdem kann Deutschland gar nicht alles selber produzieren – selbst zu Hungerlöhnen nicht. Dies gilt für Rohstoffe, die es hier nicht gibt. Ebenso für Lebensmittel, die hier nicht wachsen.

Internationale Arbeitsteilung bedeutet, sich auf die Produktionen zu konzentrieren, bei denen man besonders gut ist.

## Viel mehr 'raus als 'rein

Überschüsse erzielt Deutschland vor allem bei Gütern, deren Produktion viel Wissen und Know-how erfordert: Fahrzeug- und Maschinenbau, Chemie, Medizin-, Mess-, Regelungstechnik und Optik. 2001 trugen diese High-Tech-Güter die Hälfte des gesamten deutschen Exports.

Importüberschüsse bestehen dagegen – wen wundert es – vor allem bei Gütern wie Erdöl und Erdgas, gefolgt von Büromaschinen und elektronischen Massenwaren, deren Fertigung kein Spezialwissen mehr voraussetzt und für die niedrige Arbeits- und Umweltkosten eine große Rolle spielen.

### Beispiel Metallverarbeitung

Nimmt man sich als einen wichtigen Bereich die Metallverarbeitung heraus, bestätigt sich das Bild: 1999 – jüngere Zahlen liegen leider nicht vor – wurden hier Werte in Höhe von 490 Milliarden Euro produziert. Davon wurde mit 80 Milliarden Euro nur rund ein Sechstel importiert (so genannte

Vorleistungen). Ein Produktionswert von über 400 Milliarden Euro wurde also in Deutschland geschaffen. Von wegen „Basar-Ökonomie“!

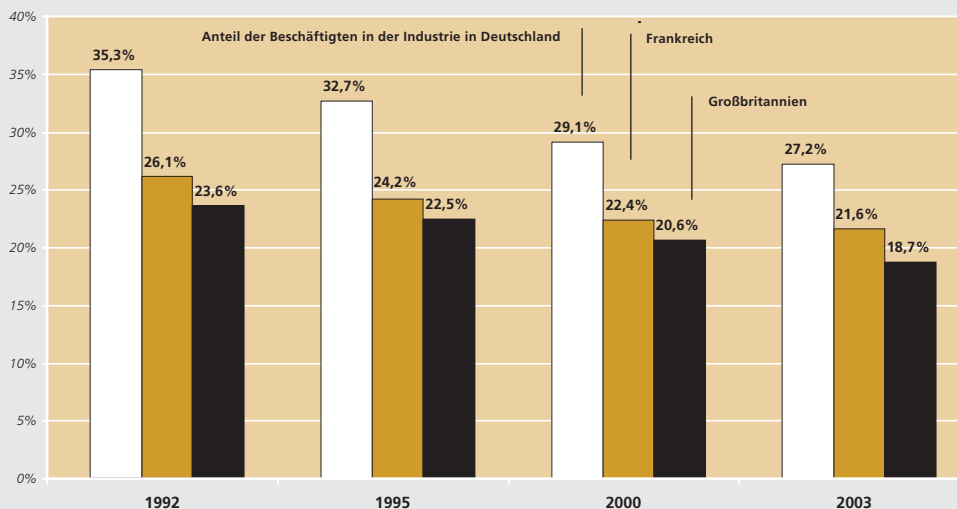
### Hohe Beschäftigtenzahlen in der Industrie

Das Gerede von der Basar-Ökonomie wird auch durch die Beschäftigtenzahlen in der Industrie widerlegt. Fast nirgendwo arbeitet noch ein so hoher Anteil der Menschen in der Industrie. Tatsächlich liegt der deutsche Anteil von Industriebeschäftigten mit 27 Prozent fast zehn Prozentpunkte über dem von Großbritannien und immer noch fünf Prozentpunkte über dem von Frankreich. In den USA arbeiten sogar noch weniger Beschäftigte in der Industrie.

**Die unproduktive „Basar-Ökonomie“ ist ein Phantasiegebilde neoliberaler Ökonomen.**

Statt über eine Basar-Ökonomie verfügt Deutschland über einen hoch produktiven und hoch leistungsfähigen industriellen Sektor, der die weltmeisterlichen Exporte möglich macht.

## Industriestandort Deutschland



In Deutschland beträgt der Anteil der Industriebeschäftigten auch im Jahr 2003 noch über 27 Prozent – deutlich mehr als in Frankreich und Großbritannien.

# EU-Osterweiterung – Chancen nutzen

Deutschlands Industrie wandert nach Osten aus.“ Diese Sorge ist mit dem EU-Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Ländern am 1. Mai 2004 größer geworden. Denn im Osten der neuen EU sind die Arbeitskräfte erheblich billiger zu haben. Eine Reihe von Fällen, über die häufig spektakulär berichtet wird, scheinen ein Beleg für einen verhängnisvollen allgemeinen Trend.

Statt der Chancen für Deutschland werden nur die Risiken betont. So hat man ein Argument mehr für die angebliche Notwendigkeit von Lohnkürzungen und Sozialabbau in Deutschland.

## Ins richtige Verhältnis rücken

Noch nie sind so viele Länder gleichzeitig der EU beigetreten. Die bisherige Bevölkerungszahl der EU von 380 Millionen hat sich um 75 Millionen erhöht. Das ist ein Anstieg um 20 Prozent. Doch die Wirtschaftskraft der neuen Länder beträgt zusammen gerade einmal fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU. Zum Vergleich: Das ist lediglich das Doppelte der ostdeutschen Bundesländer, die rund 2,5 Prozent zur EU-Wirtschaft beitragen.

Die neuen EU-Länder haben einen hohen Nachholbedarf und deshalb höhere Wachstumsraten als der EU-Durchschnitt. Sie sind für Deutschland schon seit Jahren wichtige Handelspartner. Sowohl Importe wie Exporte haben sich seit Anfang der 90er Jahre mehr als vervierfacht. Das ist gut für Wohlstand und Arbeitsplätze auf beiden Seiten.

*Es ist eher unwahrscheinlich, dass 15 Jahre nach dem Mauerfall reihenweise Firmen einfällt, dass sie auch im Osten produzieren könnten. Die meisten, bei denen das sinnvoll ist, sind längst vor Ort.*

*Financial Times Deutschland, 16. April 2004*

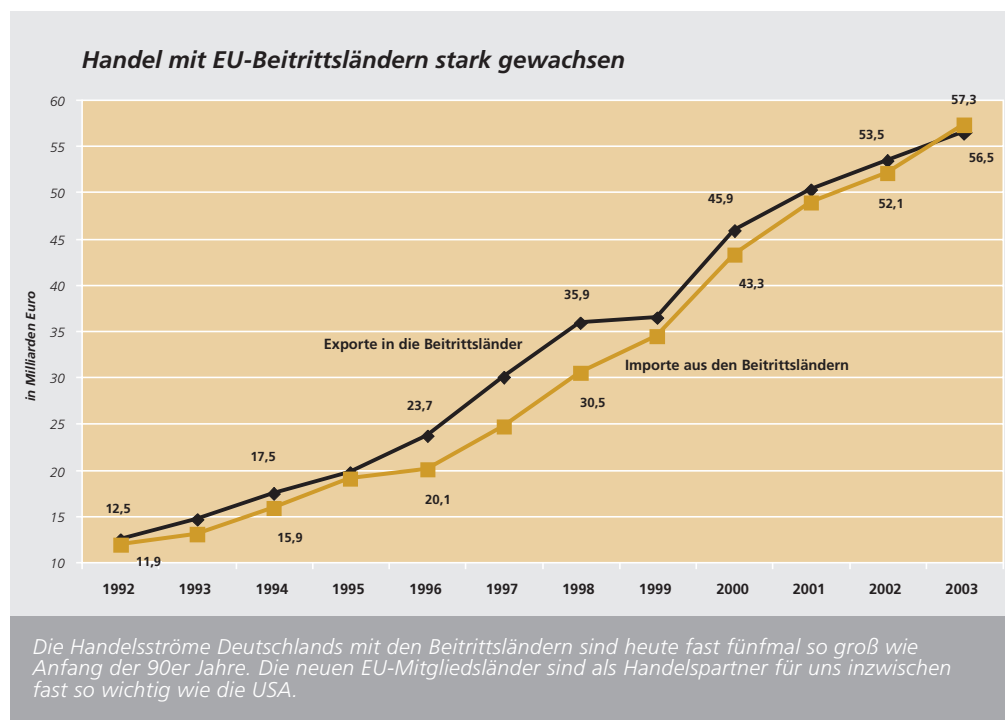
Allein der Handel mit Polen hat in den vergangenen Jahren 200.000 Arbeitsplätze in Deutschland gesichert.

Die wirtschaftliche Integration und der Aufholprozess in den osteuropäischen Ländern werden dies noch beschleunigen. Auf den meisten Märkten der neuen Mitgliedsstaaten ist Deutschland die Nummer eins. Gerade unsere High-Tech-Produkte werden in Zukunft immer mehr nachgefragt werden.

## Lohnentwicklung in den EU-Beitrittsländern

Voraussetzung einer Angleichung der Lebensverhältnisse sind steigende Löhne in den neuen EU-Ländern. Dies war bereits in der Vergangenheit zu beobachten. Während die Löhne in Deutschland zwischen 1995 und 2003 preisbereinigt nur um vier Prozent erhöht worden sind, stiegen sie im selben Zeitraum zwischen zwölf Prozent in der Tschechischen Republik und 60 Prozent in Litauen.

Dies ist auch gut so. Denn nur so können sich die Beschäftigten die Produkte auch leisten, die sie



## Vorteil für Deutschland

Da die aufstrebenden Volkswirtschaften im Osten vor allem auf Maschinen und Anlagen angewiesen sind, winken deutschen Firmen zusätzliche Geschäfte. Eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt durch die Erweiterung netto zwischen 2004 und 2010 um 0,8 Prozent höher ausfallen könnte.

*Financial Times Deutschland, 11. Dezember 2002*

produzieren. Dann läuft der Absatz, die Produkte bleiben im Land und müssen nicht Käufer im Ausland finden.

Trotz des mittel- und osteuropäischen Aufholprozesses gibt es nach wie vor große Lohndifferenzen. Allerdings sind die nicht immer so groß, wie die Statistik sie ausweist. Insider wissen, dass es in einigen neuen EU-Ländern üblich ist, einen Teil des Lohns den

Beschäftigten an der Steuer vorbei direkt zukommen zu lassen. Dieser „Kuvert-Lohn“ taucht natürlich in keiner Statistik auf.

Unternehmen werden überlegen, ob es sich auf Dauer lohnt, nur der billigen Arbeitskosten wegen Arbeitsplätze nach Osten zu verlagern. Zumal Arbeitskosten nicht der einzige Faktor sind, der für Verlagerungsüberlegungen eine Rolle spielt. Wichtiger sind häufig die Infrastruktur, die Qualifikation der Arbeitskräfte, die Transportkosten und die Einbindung in Lieferketten.

## Zuwanderung

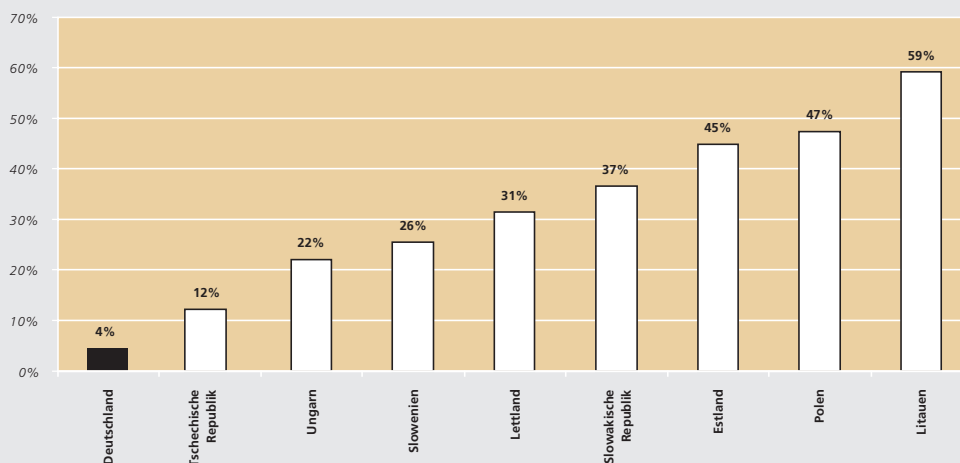
Viele befürchten erhebliche Wanderungsbewegungen aus den osteuropäischen Ländern. Sie könnten vor allem in Problem-bereichen wie dem Baugewerbe, der Landwirtschaft und bei gering qualifizierter Industriearbeit zu Arbeitskräftekonkurrenz und zu einer Spirale des Lohn- und Sozialdumpings führen.

Doch die Möglichkeit der Zuwanderung – die so genannte Arbeitnehmerfreizügigkeit – bleibt in den meisten Alt-EU-Ländern vorerst für eine Übergangsfrist von maximal sieben Jahren beschränkt. Nur Großbritannien, Irland und Schweden haben auf Beschränkungen verzichtet.

Die EU muss die Übergangsfrist nutzen, um die Integration und die Wachstumskräfte der Neumitglieder weiter zu stärken.

## Löhne steigen in den neuen EU-Ländern schneller

– Lohnentwicklung 1995 bis 2003 –



In Deutschland sind die Löhne zwischen 1995 und 2003 preisbereinigt nur um vier Prozent gestiegen. In der gleichen Zeit stiegen sie in den neuen EU-Ländern um bis zu 60 Prozent.

**Die Aussicht auf gesicherte Lebensverhältnisse und Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind das beste Mittel dafür, dass Menschen ihr Heimatland nicht verlassen müssen.**

### Mindeststandards festlegen

Problematischer ist die Wirkung der sogenannten Dienstleistungsfreiheit. Danach können ausländische Firmen für Aufträge zum Beispiel in Deutschland Beschäftigte aus ihrem Herkunftsland einsetzen. Die Beschäftigten erhalten nicht den ortsüblichen Lohn und werden, wenn überhaupt, nach den Bedingungen in ihrem Heimatland sozialversichert.

Für die Bereiche Bau, Innenausbau und Gebäudereinigung gibt es in Deutschland eine siebenjährige Übergangsfrist für die Dienstleistungsfreiheit. Firmen aus den Beitrittsländern dürfen in diesen Bereichen nur begrenzt tätig werden bzw. müssen einen allgemein verbindlichen tariflichen Mindestlohn zahlen.

Ein neuer EU-Vorstoß sieht die nahezu vollständige Beseitigung staatlicher Vorschriften für Dienstleistungsunternehmen vor. Sie sollen künftig nur noch den Auflagen ihres Herkunftslandes unterliegen, Kontrollen im Tätigkeitsland würden gänzlich unterbunden. Eine gefährliche Abwärtsspirale wäre die Folge. Jedes Unternehmen könnte sich lästiger inländischer Auflagen entledigen, indem es seinen Sitz verlagert oder einfach

*Hauptwachstumsträger in den Beitrittsländern war die rege Inlandsnachfrage. Insbesondere der private Konsum lieferte durch hohe Steigerungen der Realeinkommen einen kräftigen Wachstumsbeitrag.*

*Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht 5/2004*

eine Briefkasten-Firma im europäischen Ausland gründet. Örtliche Tarifverträge und nationale Standards beim Arbeits-, Umwelt- oder Verbraucherschutz würden effektiv unterlaufen.

Der Brüsseler Vorschlag betrifft weit über die Hälfte der europäischen Wirtschaftstätigkeit, darunter das Baugewerbe, Sicherheitsdienste, Personalagenturen, Pflege- und soziale Dienste sowie erstmals auch das Gesundheitswesen.

Öffentliche Dienste im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich, für die Gebühren erhoben werden, wären ebenfalls betroffen. Die Deregulierung weiterer Bereiche der Daseinsvorsorge wären die Folge. Deshalb lehnen zahlreiche europäische Gewerkschaften diesen Richtlinienvorschlag ab oder kritisieren ihn vehement.\*

**Wichtig für Gewerkschaften und Beschäftigte aus ganz Europa ist, sich gegen Hungerlöhne und schlechte Arbeitsverhältnisse zu wehren.**

### Strukturschwache Regionen

Die meisten Regionen in den Beitrittsländern sind wirtschaftlich schwache Gebiete, die besonderes Ziel für EU-Fördermittel sind. Auch Ostdeutschland wird weiterhin zu den Fördergebieten gehören. Allerdings wird sich die Gesamtsumme

der Fördermittel nicht erhöhen. Dadurch könnten sich die regionalen Unterschiede innerhalb der EU wieder verstärken, obwohl die Verringerung der Unterschiede das erklärte Ziel der EU ist.

**Die Regional- und Strukturförderung der EU muss wirtschaftlich schwache Gebiete weiterhin gezielt unterstützen.**

In den ostdeutschen Grenzregionen besteht zudem die Sorge, dass sich ihre Situation durch Konkurrenz und Arbeitspendler aus den osteuropäischen Ländern verschlechtert. Auf der anderen Seite entstehen Chancen durch die neue zentrale Lage in der EU und durch neue Aufgaben: die notwendige Neuordnung und Modernisierung der grenzüberschreitenden Infrastruktur, die Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und ihren Betriebsräten, die Vermittlung von Sprachkenntnissen und viele andere sinnvolle Projekte. Damit die Chancen genutzt werden können, brauchen diese Regionen weiterhin eine ausreichende und gezielte Struktur- und Regionalförderung.

\* Vgl. die Resolution des Europäischen Gewerkschaftsbundes vom 10. Juni 2004

## Gutes Geld für gute Arbeit!

Deutschland ist ein reiches Land. In den letzten 40 Jahren hat sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real fast verdreifacht. Dies ist Resultat der Leistung und der hohen Produktivität aller Beschäftigten. Deshalb ist Deutschland Exportweltmeister. Davon wollen auch die Beschäftigten etwas haben. Bis 1980 ist diese Teilhabe auch im Wesentlichen gelungen. Seitdem hinken bei uns die Löhne im langfristigen Trend der Produktivität und den Preissteigerungen hinterher. 17 Prozent-Punkte groß ist bereits das Loch in unserem Geldbeutel – und bei der Binnen-nachfrage.

Anderswo verdienen die Beschäftigten in der Tat weniger. Die Stundenlöhne in den neuen

EU-Ländern betragen teilweise nur ein Sechstel der deutschen. Noch weiter östlich ist Arbeit noch billiger zu haben. Müssen deshalb auch in Deutschland die Löhne runter, wie neoliberale Ökonomen immer lautstärker fordern?

Zunächst: Die neuen EU-Länder haben allesamt zum Teil erhebliche Außenhandelsdefizite. Insgesamt haben sie im Jahr 2002 Waren und Dienstleistungen im Wert von knapp 30 Milliarden Euro mehr importiert als exportiert. Zur selben Zeit hatte Deutschland einen Außenhandelsüberschuss von über 90 Milliarden Euro. Deshalb ist die Gleichung niedrige Löhne = hohe Wettbewerbsfähigkeit falsch. Statt Lohnkosten zu vergleichen müssen die Produktionsergebnisse pro

### Lohnstückkosten

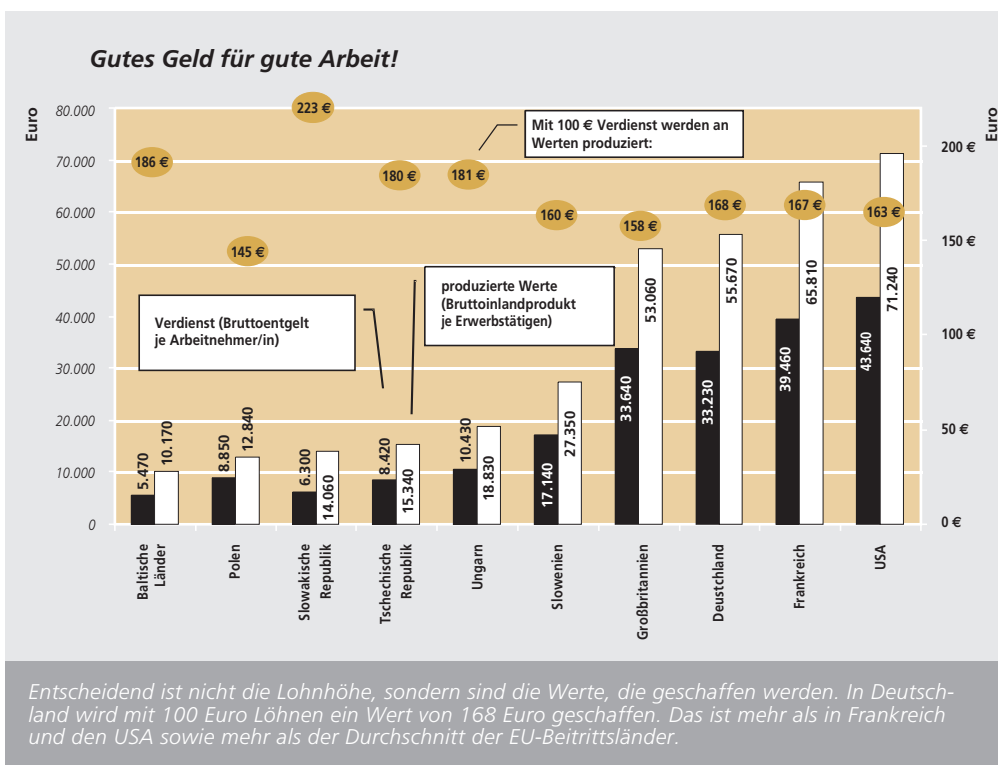
Lohnstückkosten geben den Anteil der Lohnkosten an den neu geschaffenen Werten wieder. Sie werden also nicht in Euro und Cent angegeben. Niedrige Lohnstückkosten lassen sich durch niedrige Löhne, aber auch durch hohe Produktivität erreichen.

Beschäftigten, also die Produktivitäten, verglichen werden. Dort, wo in derselben Zeit zum Beispiel das Dreifache geschafft wird, kann ohne Wettbewerbsnachteile auch das Dreifache verdient werden.

### Lohnstückkosten

Unterschiedliche Produktivitäten spiegeln sich in den Lohnstückkosten wider.

Beschäftigte in Polen verdienen im Durchschnitt nur rund 8.800 Euro im Jahr. Für dieses Geld produzieren sie einen Wert von knapp 13.000 Euro. In Deutschland wird im Schnitt das Vierfache verdient, gut 33.000 Euro. Viel zu viel? Nein, denn dafür wird auch ein höherer Wert produziert. Der liegt mit knapp 56.000 Euro sogar mehr als viermal höher als in Polen. Ursache ist die höhere Produktivität. Je 100 Euro Arbeitnehmerin-kommen werden in Polen Güter





und Dienstleistungen im Wert von 145 Euro produziert. In Deutschland sind es 168 Euro. Damit liegt Deutschland noch vor Großbritannien, Frankreich und den USA.

Richtig ist, dass gerade in den Beitrittsländern mit niedrigen Löhnen ein vergleichsweise hoher Wert geschaffen wird. An der Spitze liegt die Slowakische Republik, wo je 100 Euro Einkommen ein Wert von 223 Euro geschaffen wird.

Offensichtlich sind diese Werte aber nicht entscheidend. Sonst müssten gerade die neuen EU-Länder erhebliche Exportüberschüsse aufweisen. Viel wichtiger ist, was produziert wird oder werden kann. Nur wenn auch die Art und die Qualität der Produkte stimmen, werden sie international nachgefragt. Mit niedrigen Arbeitskosten alleine wird niemand Exportweltmeister.

**Eine drastische Senkung der Arbeitskosten? ,Was will man damit erreichen? Dass die Deutschen wettbewerbsfähiger werden und ihre Exporte noch weiter steigern – wohin sollen all die Waren geliefert werden? Auf den Jupiter? Oder will man mit niedrigen Löhnen den Chinesen Konkurrenz machen und damit den Schwellenländern die Entwicklung erschweren?'**

*Jim O'Neill, Chefvolkswirt der Investmentbank Goldman Sachs, Financial Times Deutschland, 7. Mai 2004*

sogar zurückgegangen. In den USA und Japan sind sie dagegen deutlich gestiegen, in Großbritannien und Frankreich sind sie insgesamt gleich geblieben. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hat sich seit 1992 daher verbessert. Dies bestätigt auch die Exportentwicklung.

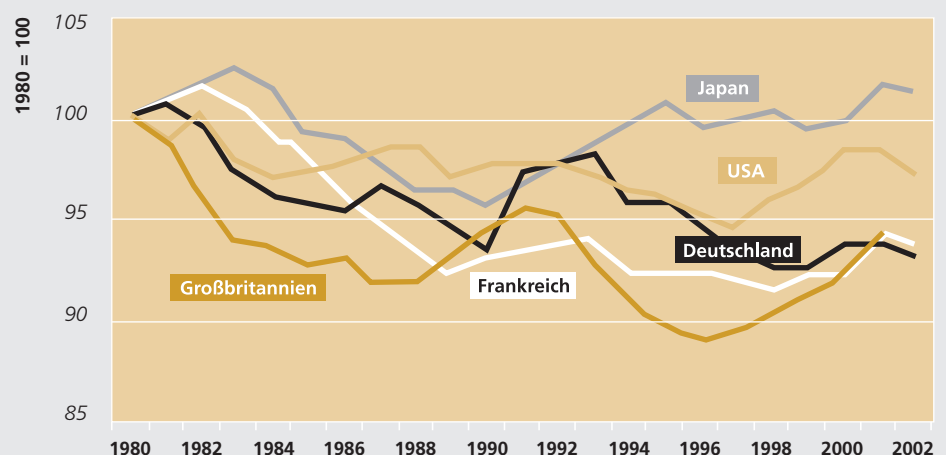
In Deutschland wird nicht zu teuer produziert. Die erreichten relativ hohen Einkommen der Beschäftigten sind Resultat ihrer Leistungsfähigkeit. Allerdings müssten sie eigentlich um mindestens 17 Prozent höher sein. Wir hätten dann immer noch wettbewerbsfähige Lohnstückkosten. Dafür aber eine deutlich kräftigere Binnennachfrage. Hier liegen die eigentlichen Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung.

**Aus einem direkten Vergleich von Lohnstückkosten zu einem bestimmten Zeitpunkt lassen sich allenfalls Anhaltspunkte über die Wettbewerbsfähigkeit treffen. Aussagekräftig und letztlich entscheidend ist und bleibt die Exportfähigkeit.**

#### Was zählt, ist die Entwicklung

Sinnvoll sind Vergleiche von Lohnstückkosten, um Veränderungen bei der Wettbewerbsfähigkeit festzustellen: In Deutschland sind die Lohnstückkosten seit 1992

**Reale Lohnstückkosten 1980 bis 2002**



*In Deutschland sind die Lohnstückkosten nach einem kurzen Anstieg Anfang der 1990er Jahre ständig gefallen. Demgegenüber sind sie in anderen großen Industrieländern im Trend gestiegen.*

## Verlagerung von Arbeitsplätzen

Der bayerische Ministerpräsident Stoiber verbreitet in Talkshows, dass jeden Monat 50.000 Arbeitsplätze ins Ausland abwandern. Hätte er recht, würde sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland bis zum Jahr 2010 fast verdoppeln. Sein Horrorszenario entbehrt allerdings jeder Grundlage. Weder das Wirtschaftsministerium noch Stoibers Staatskanzlei können die Zahlen bestätigen.

### Daten gegen Panikmache

Forscher vom *Wissenschaftszentrum Berlin* schätzen, dass seit 1990 ungefähr 330.000 Arbeitsplätze aus Deutschland nach Mittel- und Osteuropa verlagert wurden. Das sind pro Jahr rund 25.000 oder gut 2.100 pro Monat.

Durch weltweite Produktionsverlagerung sind nach einer Unternehmensbefragung des *Deutschen Industrie und Handelskammertags* jährlich bis zu 50.000 Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet worden. Bei der Anzahl der Erwerbstätigen in Deutschland von rund 38 Millionen sind das etwas mehr als 0,1 Prozent jährlich.

Zum Vergleich: Die verbesserte wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2000 hat ein Plus von 700.000 Erwerbstätigen gebracht. Mit einer starken Binnennachfrage aufgrund höherer Löhne und offensiver Zukunftsinvestitionen des Staates könnte ein ähnlicher Schub ausgelöst werden. Niemand

***Internationales Outsourcing steigert die Produktivität: Firmen können das Gleiche mit niedrigeren Kosten produzieren. Allerdings muss eine gute makroökonomische Politik dafür sorgen, dass bei dem Prozess genug neue Stellen in anderen Sektoren geschaffen werden.***

*Prof. Dr. Joseph Stiglitz, US-Nobelpreisträger, Financial Times Deutschland, 29. Januar 2004*

würde mehr von drohenden Arbeitsplatzverlusten reden. Die Beschäftigten hätten nämlich gute Chancen, schnell wieder einen neuen Job zu finden.

Außerdem: Aufbau einer Auslandsproduktion muss nicht Rückgang bei der einheimischen Beschäftigung bedeuten. Denn viele Unternehmen, die höhere Auslandsinvestitionen planen, wollen gleichzeitig auch im Inland mehr investieren.

Unternehmen, die Arbeitsplätze im Ausland schaffen, investieren gleichzeitig überdurchschnittlich in Deutschland.

### Phänomen Rückverlagerung

Die Verlagerung von Produktionsteilen ins Ausland ist kein risikoloses Geschäft. Viele Unternehmen unterschätzen Management- und Organisationsprobleme. Dazu kommen ungenügende Sprachkenntnisse und kulturelle Unterschiede. Oft gibt es Probleme bei der Infrastruktur, die gravierend sind, wenn der ausgelagerte Unternehmensteil Vorprodukte für das Mutterunternehmen herstellt: Das führt zu Lieferengpässen und Produktionsausfällen im Heimatland oder an anderen Standorten.

Für viele Unternehmen ist die Verlagerung zu einem teuren Spaß geworden, den sie schnell wieder beendet haben. Doch „Offshoring“ gilt als modern. Deshalb hängen betroffene Unternehmen über ihr Scheitern lieber den Mantel des Schweigens.

Zehn bis 30 Prozent der Unternehmen lösen Auslandsstandorte nach unerfreulichen und kostspieligen Erfahrungen wieder auf.

Experten schätzen die Dunkelziffer von Unternehmen, die ihre Auslandsproduktion wieder beenden, auf zehn bis 30 Prozent. Nach einer Befragung in der Metall- und Elektroindustrie hat Ende der 90er Jahre fast jeder dritte Betrieb Produktion ins Ausland verlagert. Seither sinkt dieser Anteil wieder. Gestiegen ist allerdings die Zahl der Rückverlagerungen. Ende der 90er Jahre hat jeder vierte Betrieb den Auslandsstandort wieder aufgegeben. Inzwischen ist es jeder dritte. Für den Bereich Informationstechnologie wird die „Flopprate“ sogar auf 30 bis 50 Prozent geschätzt.

### Beispiel IT-Branche: Entwicklung im Heimatland wichtiger

Die Informationstechnologie gilt als Branche, die besonders durch Auslagerungen gefährdet ist. Die Tätigkeiten können an jedem beliebigen Platz dieser Erde erledigt werden: Angestellte in Ghana sortieren die Strafzettel für

Falschparker in New York oder Ärztinnen und Ärzte im indischen Mumbai kontrollieren Computertomografien von Patienten aus Boston. Deutsche Unternehmen sind bodenständiger und lagern solche Tätigkeiten eher nach Polen, Ungarn und Tschechien aus.

Doch viel mehr Beschäftigte der IT-Branche haben ihre Arbeitsplätze durch die Wirtschaftskrise und besonders den Einbruch auf den „neuen Märkten“ verloren.

**In den USA hat ein einziges Krisenjahr über 500.000 IT-Jobs vernichtet.**

Das sind so viele, wie nach Schätzungen für diese Branche bis zum Jahr 2015 (!) aus USA und Europa zusammen verlagert werden.

Diese Zahlen nützen natürlich jenen Beschäftigten wenig, deren Arbeitsplätze tatsächlich durch Verlagerung bedroht sind. ver.di hat hierzu bereits Vorschläge erarbeitet. Wichtig ist vor allem eine rechtzeitige Qualifizierung für Tätigkeiten, die verlagerungssicherer sind.\*

**Beispiel Outsourcing und Backsourcing – Verlagerung und Rückverlagerung**  
 Der niedersächsische Elektronikhersteller Sennheiser verlagerte die Produktion von High-Tech-Teilen nach Südostasien. Die gelieferten Produkte mussten aber so kostenaufwendig nachgebessert werden, dass sich das Unternehmen entschloss, die Produktion wieder nach Norddeutschland zurückzuholen.

*Nikolaus Schweickart, Vorstandsvorsitzender der Altana AG, erzählt, dass es die konsequente Internationalisierungsstrategie des Pharmakonzerns ermöglicht habe, seit 1995 über 3000 neue Arbeitsplätze zu schaffen – sowohl in Deutschland als auch im Ausland.*

*Welt am Sonntag, 28. März 2004*

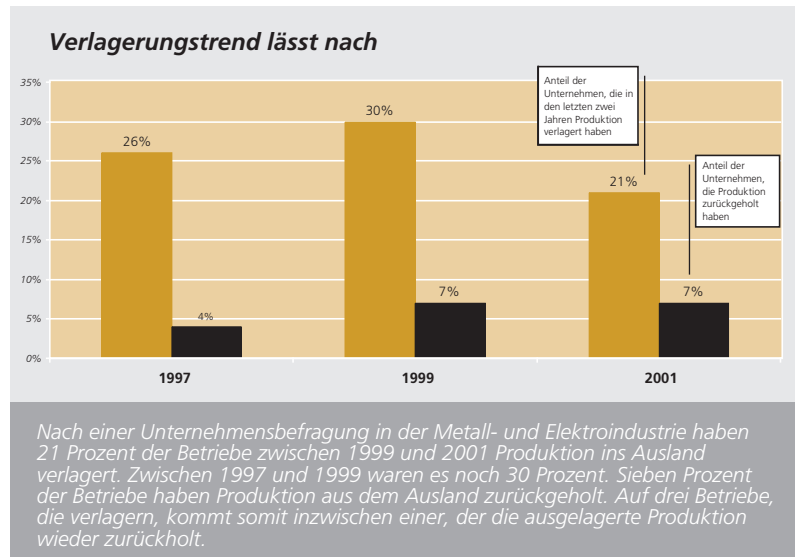
**Drohung oder Ernst?**

Drohungen mit Produktionsverlagerung sind ein beliebtes Druckmittel für Unternehmen. Sie nutzen die Angst der Beschäftigten vor Arbeitsplatzverlust, um Lohnverzicht oder Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen.

Droht der Arbeitgeber mit Verlagerung, ist es sinnvoll, sich zusammen mit den örtlichen Gewerkschaftssekretären möglichst genau über die Verlagerungsstrategie zu informieren. Nur so können sich die Beschäftigten Klarheit darüber verschaffen, wie ernst die Drohungen sind.

**Beispiel Outsourcing ohne Offshoring – Verlagerung im Inland**

Die BASF drohte mit der Übergabe der Betriebskantine an ein Catering-Unternehmen. Künftig liegen bei Neueinstellungen die Löhne zwar noch im Chemie-Tarifkorridor, aber um 20 Prozent niedriger als bisher. Die Arbeitszeit der bereits Beschäftigten ist auf 40 Wochenstunden erhöht. BASF-Betriebsratsvorsitzender Robert Oswald: Die Beschäftigten haben das in Kauf genommen, weil bei den externen Catering-Firmen noch schlechtere Arbeits- und Bezahlungsbedingungen herrschen – Lohnkonkurrenz im Inland!



\* Ergebnisse Tagung „IT-Offshoring: Neue Zauberformel oder alter Teufelskreis?“ unter: <http://www.verdi-it.de/it-fachtagung/>

## Motive für Auslandsinvestitionen

*Der Vorsitzende der amerikanischen Handelskammer in Deutschland, Fred Irwin, sagte: „Ich kenne keine US-Firma, die bereit ist, aus Deutschland wegzugehen. Hauptgrund für Investitionen sind die Deutschen selbst, aber sie merken das nicht.“*

*Financial Times Deutschland, 23. April 2004*

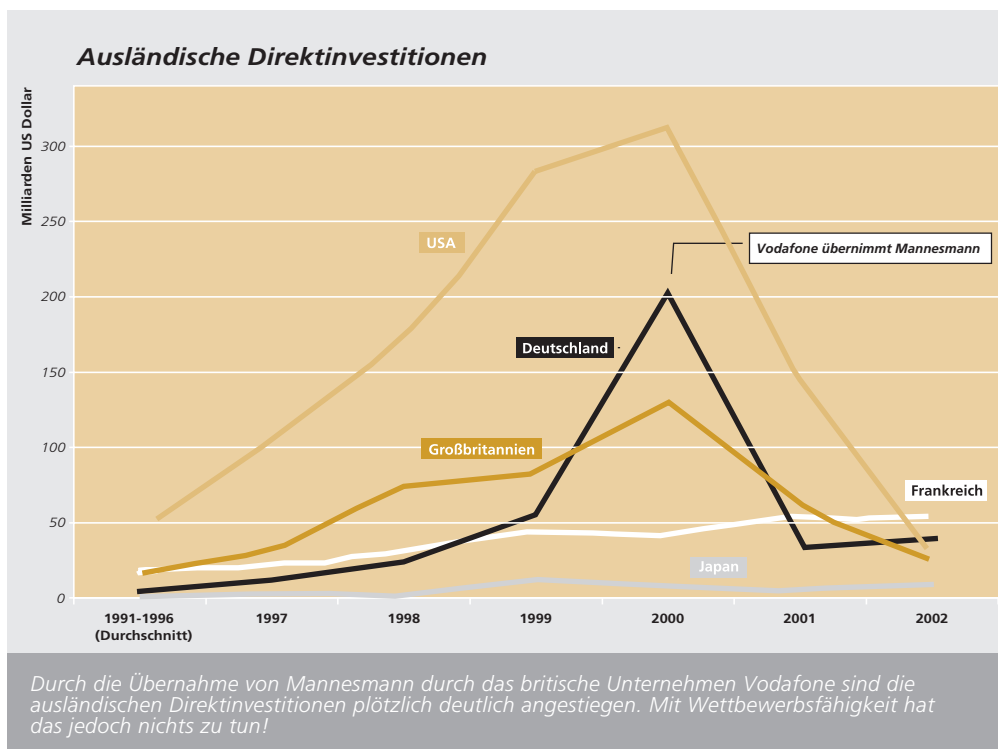
Deutsche Unternehmen investieren mehr im Ausland als ausländische Unternehmen in Deutschland. Das gilt vielen als Beleg für schlechte Produktions- und Investitionsbedingungen hierzulande: Wegen zu hoher Löhne sei Deutschland unfähig, genügend ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, die Arbeitsplätze schaffen. Und zu allem Übel: Auch die deutschen Unternehmen bevorzugen mit ihren Investitionen das Ausland.

Ausländische Investitionen in Deutschland abzüglich der deutschen Investitionen im Ausland ergeben den Saldo der Direktinvestitionen. Dieser Saldo war in den 90er Jahren tatsächlich negativ, allerdings mit großen Schwankungen. In den Jahren 2002 und 2003 war er dagegen positiv, und insbesondere im Jahr 2000 war er mit 154 Milliarden Euro deutlich im Plus.

### Übernahmen als Zeichen von Wettbewerbsfähigkeit?

Wie aussagefähig sind die verfügbaren Zahlen über Direktinvestitionen tatsächlich? Denn auch die Übernahme eines ausländischen Konzerns gilt in den Statistiken als Direktinvestition. Das Plus im Jahr 2000 kam einzig und allein aufgrund der Übernahme des deutschen Mannesmann-Konzerns durch die britische Vodafone zustande.

Aus solcherlei Direktinvestitionen auf eine hohe oder niedrige Wettbewerbsfähigkeit oder auf einen Zuwachs bzw. Verlust von Arbeitsplätzen zu schließen ist absurd. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, dass dieser Indikator in der Vergangenheit – als Deutschland mit Direktinvestitionen nicht so reich gesegnet war – lediglich als vermeintlicher Beweis für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit dienen sollte.



Grundsätzlich können hohe oder niedrige ausländische Investitionen jeweils ein gutes wie ein schlechtes Zeichen sein:

- Die einheimischen Unternehmen sind schwach und deshalb beliebte Übernahmekandidaten.
- Der einheimische Markt boomt und ist deshalb auch für ausländische Investoren interessant.
- Der einheimische Markt ist mit so leistungsfähigen Firmen besetzt, dass ausländische Unternehmen wegen der starken Konkurrenz ein Engagement scheuen.
- Die Binnennachfrage ist so gering, dass ausländische Unternehmen lieber in einem Land investieren, wo die Absatzmöglichkeiten besser sind.

**Aussicht auf neue Märkte entscheidend**

Nach einer Befragung der *Kreditanstalt für Wiederaufbau* wollen fast 90 Prozent der Unternehmen mit Auslandsinvestitionen bestehende Märkte sichern oder ausweiten und neue Märkte erschließen. Das Motiv, Lohnkosten zu reduzieren, nennen Unternehmen erst an dritter Stelle.

**Die Erschließung und Sicherung von Absatzmärkten ist der wichtigste Grund für Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Das gilt auch für Auslandsinvestitionen.**

**Es gibt eine Faustformel: Auf vier Arbeitsplätze, die man etwa im asiatischen Raum geschaffen hat, weil man dort Märkte erobern will, kommt ein Arbeitsplatz, der in Deutschland abgesichert bzw. neu geschaffen wird.**

*Ex-VW-Manager und China-Experte Martin Posth in der Sendung Sabine Christiansen vom 2. Mai 2004*

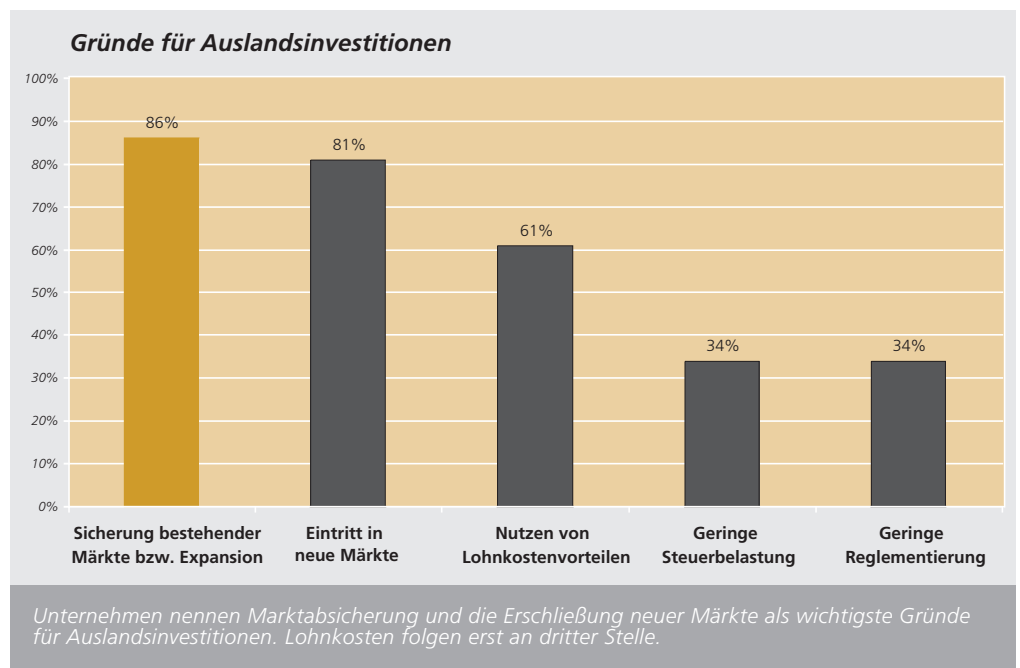
80 Prozent der Unternehmen verkaufen die im Ausland produzierten Güter am dortigen Produktionsstandort. Nur 48 Prozent exportieren die Güter auch nach Deutschland und 58 Prozent exportieren zusätzlich in Drittstaaten.

**Auslandsinvestitionen sichern heimische Arbeitsplätze**

Eine Studie für die chemische Industrie weist trotz Auslandsinvestitionen einen Beschäftigungsgewinn aus. Die Umsätze der Unternehmen stiegen insgesamt kräftig an, so dass auch die Beschäftigung

im Inland wuchs. Die Arbeitsplatzgewinne haben dabei im Verlauf der 90er Jahre sogar noch zugenommen.

Auch das Beispiel des Hamburger Automobilzulieferers Phoenix AG zeigt: Auslandsinvestitionen sichern Arbeitsplätze. Obwohl lohnintensive Produktionen nach Osteuropa verlagert wurden, hält das Unternehmen am Standort Harburg fest. „Die Verlagerung dieser Bereiche nach Osteuropa sichert das Bestehen der verbleibenden Produktion in der Hansestadt“, heißt es dort.



## Sachzwang Senkung der Unternehmenssteuern?

Wir müssen die Unternehmenssteuern senken, sonst wandern die Arbeitsplätze ab ins Ausland!" So machen Wirtschaftslobbyisten seit Jahren Druck in Richtung immer niedrigerer Unternehmenssteuern. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai 2004 sind diese Rufe noch lauter geworden. Denn viele der neuen Mitgliedsländer haben besonders niedrige Gewinnsteuern.

### Panikmache ist nicht angebracht

Viele Beschäftigte sind verunsichert. Immer wieder hört und liest man von Produktionsverlagerungen und Verlust von Arbeitsplätzen. Diese Beispiele werden unzulässigerweise verallgemeinert und haben mit den Steuersätzen nur am Rande zu tun. So wurde in

einer Untersuchung der *Kreditanstalt für Wiederaufbau* ausgewiesen, dass gerade ein Drittel der Unternehmen, die Auslandsinvestitionen planen, steuerliche Vorteile im Visier haben. Fast 90 Prozent nennen jedoch als Motiv die Erschließung ausländischer Märkte.

Niedrigere Steuern spielen bei Auslandsinvestitionen nur eine untergeordnete Rolle. Gute Infrastruktur und hohe Qualifikation der Beschäftigten sind viel wichtiger. Hier liegt Deutschland ganz vorn.

Außerdem sind die in Vergleich angeführten hohen Unternehmenssteuern bloße Theorie. Bei den tatsächlich gezahlten Steuern ist Deutschland Schlusslicht unter den großen Industrieländern. Der Grund: In Deutschland haben es die Unternehmen besonders leicht, ihren steuerpflichtigen Gewinn klein zu rechnen.

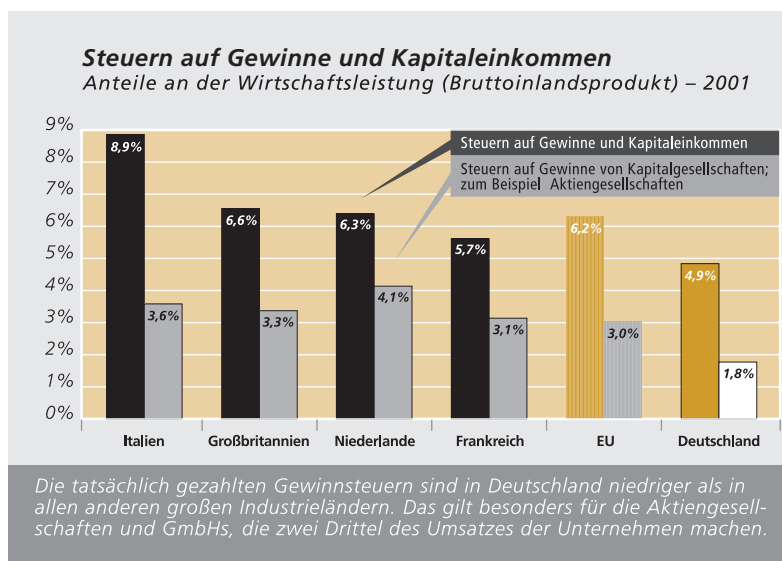
### Europäische Steuerpolitik

Auch wenn es keinen allgemeinen Trend gibt, spielen in einer Reihe von Fällen niedrige Steuern bei Produktionsverlagerungen eine Rolle. Problematischer sind niedrigere ausländische Steuersätze, weil sie benutzt werden, um Steuerzahlungen in Deutschland zu umgehen. Besonders Konzerne nutzen die zunehmende internationale Verflechtung, um Steuern zu sparen. Sie gründen Töchter im Ausland und verschieben ihre Gewinne dorthin. Auf diese brauchen sie nur die geringen Steuern des Auslands zu zahlen.

Dieses Steuerschlupfloch kann und muss durch nationale Regelungen eingengt werden. Es ist außerdem notwendig, innerhalb der EU Druck zu machen und Mindeststeuersätze festzulegen, die nicht unterboten werden dürfen, zum Beispiel 25 Prozent.

Wir brauchen in Europa gemeinsame Regeln für die Ermittlung der Unternehmensgewinne und Mindeststeuersätze.

Auch die Regelungen, nach denen die Gewinne ermittelt werden, die zu versteuern sind, müssen harmonisiert werden. Dabei müssen die Möglichkeiten der Konzerne, Gewinne zu verstecken und zu verschieben, eingeschränkt werden.



Gegen eine Steuerharmonisierung gibt es erheblichen Widerstand. Das Motiv bei vielen ist gerade durch die Steuerkonkurrenz Sachzwänge zu schaffen, um nationale Unternehmenssteuern abzubauen. Mit Hilfe der EU und mit dem Argument des Steuerwettbewerbs versuchen die Unternehmen, die Länder gegeneinander auszuspielen und ihre Steuern immer weiter zu drücken.

#### **Sackgasse Steuersenkungswettlauf**

Steuerdumping hat unsoziale Folgen und ist wirtschaftspolitisch schädlich.

Gerade in den neuen EU-Ländern besteht die Hoffnung, mit niedrigen Steuersätzen Wettbewerbsnachteile ausgleichen zu können. Die Kehrseite sind Sozialabbau, steigende Abgabenbelastungen der Beschäftigten und höhere Mehrwertsteuern. In der Slowakei zum Beispiel wurde die Steuersenkung finanziert durch eine Halbierung der Sozialhilfe, was zu regelrechten Hungeraufständen in den abgelegenen verarmten Regionen des Landes geführt hat.

#### **Die Senkung der direkten Steuern in den Beitrittsländern wird die Steuerreformen in der alten EU befördern.**

*EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen*

Ein Steuerwettlauf nach unten, wie ihn die Wirtschaftslobby fordert und auch die EU-Kommission betreibt, ist ein Weg in die wirtschaftspolitische Sackgasse. Selbst wenn dadurch im Einzelfall die Abwanderung eines Unternehmens aus Deutschland verhindert werden könnte: Alle Unternehmen zahlen dann noch weniger Steuern und die Ausgaben für Bildung, Infrastruktur usw. werden noch mehr beschnitten. In der EU sind die durchschnittlichen Steuersätze für Unternehmensgewinne bereits von 38 Prozent 1997 auf 31 Prozent 2004 gesunken.

Unternehmen und Bezieher höher Einkommen werden in Deutschland seit Jahren steuerlich entlastet in der Hoffnung, dass so

Arbeitsplätze geschaffen werden. In Deutschland sanken die jährlichen Steuerzahlungen der Unternehmen gegenüber dem Jahr 2000 um über 20 Milliarden Euro. Doch statt eines Aufschwungs haben wir eine lang anhaltende Stagnation und steigende Arbeitslosigkeit.

Bislang fehlen EU-Regeln zur Steuerharmonisierung. Dies darf nicht als Argument dienen, sich bis dahin doch auf einen Steuersenkungswettbewerb einzulassen. Deutschland muss die eigenen Möglichkeiten nutzen, Unternehmensgewinne effektiv zu besteuern.

**Steuerschlupflöcher für Unternehmen und Vermögende müssen geschlossen werden. Dann haben wir auch wieder genug Geld für bessere Bildung und Infrastruktur. Diese Standortfaktoren müssen gesichert und verbessert werden.**

*Die Wirtschaft basiert hier nur auf niedrigen Arbeitskosten und niedrigen Steuern. Die Staatskasse ist leer und keiner garantiert, dass das, was in der Slowakei erwirtschaftet wird, auch hier wieder investiert wird. Wir wissen, dass der Profit ins Ausland geht. So kann man die Probleme der Slowakei nicht lösen.*

*Peter Gajdos, Vizepräsident des slowakischen Gewerkschaftsverbandes KOZ*

## Binnennachfrage stärken – Europa sozial gestalten

Täglich ist zu hören, der Standort Deutschland sei bedroht: zu hohe Löhne, Steuern, Sozialabgaben, zu kurze Arbeitszeiten usw. Vielen leuchtet das ein, denn die Wirtschaftslage ist nicht rosig. Und dass man den Gürtel enger schnallen muss, wenn es schlecht läuft, scheint einleuchtend. Das gilt für die Einzelnen und für den Betrieb, warum nicht auch für die Gesellschaft insgesamt?

In der Gesamtwirtschaft sind Löhne und Ausgaben des Staates nicht nur Kosten, sondern auch Nachfrage. Wird diese stranguliert, werden die Probleme größer. Außerdem sind Kostensenkungen nicht notwendig, da Deutschland überaus wettbewerbsfähig ist. Deutschland hat den größten Exportüberschuss der ganzen Welt.

### Es fehlt die Kaufkraft im Inland

Die Nachfrage aus dem Inland ist jedoch weitaus gewichtiger als die aus dem Ausland. Nur ein Fünftel der Beschäftigten arbeiten für den Export, aber vier Fünftel für den einheimischen Bedarf. Die Exportstärke allein kann die Wirtschaft nicht aus der Stagnation führen. Das sehen mittlerweile sogar Wirtschaftsinstitute und Politik. Aber sie ziehen daraus keine Konsequenzen.

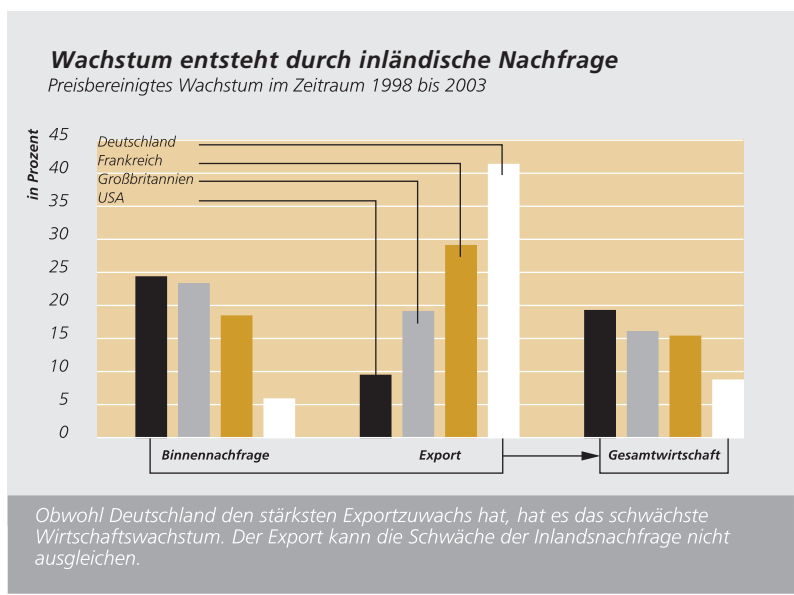
Mehr Binnennachfrage heißt konkret: mehr Massenkaukraft durch höhere Löhne und stabile Sozialleistungen, mehr private und viel mehr öffentliche Investitionen.

Mit Lohndrückerei und staatlichen Ausgabenkürzungen wird jeder Aufschwung im Keim wieder abgewürgt. Und Arbeitszeitverlängerung bei gleichem Lohn ist auch nichts anderes als Lohndrückerei. Außerdem werden durch verlängerte Arbeitszeiten zusätzlich Arbeitsplätze vernichtet.

### Für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel

Wir brauchen einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für mehr Beschäftigung und qualitatives Wachstum. Die Binnennachfrage muss gestärkt werden.

Die schwache Inlandsnachfrage ist die Achillesferse der deutschen Wirtschaft, nicht die Löhne und „Lohnnebenkosten“ oder zu hohe Steuern.





Die Beschäftigten schaffen Jahr für Jahr mehr Produkte in der gleichen Zeit, sie werden immer produktiver. Die Löhne und Gehälter müssen künftig wieder mindestens so stark steigen, dass die Preissteigerungen ausgeglichen werden und der durch die steigende Produktivität entstehende Zuwachs den Beschäftigten zugute kommt. Nur dann kann eine wachsende Wirtschaft ihre Produkte auch absetzen. Die Politik muss solche Einkommenssteigerungen fördern und nicht bekämpfen. Die Tarifverträge müssen gestärkt werden und nicht geschwächt.

Vor allem aber: Der Staat muss aktiv werden: mit Investitionen in den Kommunen, in die Bildung, in Energieeinsparung und eine bessere Umwelt. In Deutschland können wir mit einem 40-Milliarden-Euro-Zukunftsinvestitionsprogramm über eine halbe Million zusätzliche Arbeitsplätze und einen starken Impuls für mehr und sinnvolles Wachstum schaffen. Als Einstieg brauchen wir ein 20-Milliarden-Sofortprogramm.

Mit einer halben Million neuer Arbeitsplätze schwindet die Brisanz von 30.000 bis 50.000 Arbeitsplätzen, die im Zuge der internationalen Arbeitsteilung jedes Jahr aus Deutschland herausverlagert werden. Die Beschäftigten hätten nämlich gute Chancen, schnell wieder einen neuen Job zu finden.

Die ständigen Kürzungen bei öffentlichen Investitionen, im Verkehrsbereich, bei Bildung und Erziehung, Hochschulen und Forschung gefährden die Grundlagen

unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit: gute Infrastruktur, hohe Qualifikation der Menschen und Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm werden sie gestärkt und dauerhaft gesichert. Nur am Rand: Japan pumpt 2004 rund 300 Milliarden Euro zusätzlich in die Wirtschaft, um die Konjunktur zu beleben.

**Ein Zukunftsinvestitionsprogramm wirkt. Es bringt über eine halbe Million Arbeitsplätze und mehr Lebensqualität. Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand werden langfristig gesichert.**

## Solide und gerechte Finanzierung

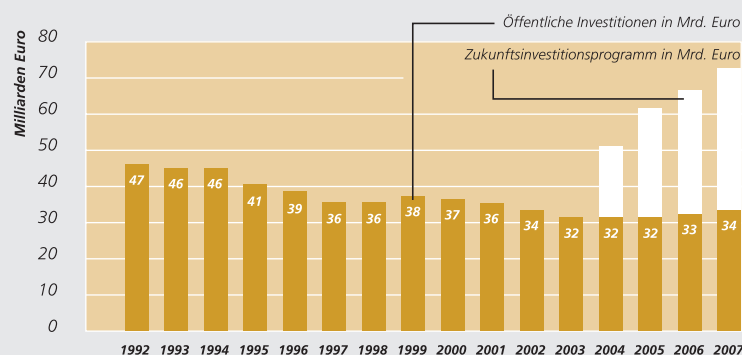
Zur Finanzierung eines Zukunftsprogramms sind alle Teile der Gesellschaft verpflichtet einen angemessenen Beitrag zu leisten. Große Unternehmen, hohe Einkommen und Vermögende müssen künftig wieder einen wesentlich höheren Anteil an den Steuereinkünften aufbringen.\* Das ist nicht nur gerecht, sondern auch wirtschaftspolitisch besser.

## Innovation und Kooperation statt Unterbietungskonkurrenz

Eine solche andere Politik muss möglichst in ganz Europa durchgesetzt werden. Deutschland als größtes und ökonomisch stärkstes Land hat die Möglichkeit und die Verantwortung, hier voranzugehen. Mit Dumpingkonkurrenz bei Löhnen und Steuern ziehen sich die Länder nur gegenseitig nach unten.

\* ver.di hat dazu konkrete Vorstellungen entwickelt:  
www.wipo.verdi.de

### Zukunftsinvestitionsprogramm schafft Arbeit



Der Anteil der öffentlichen Investitionen an der Wirtschaftsleistung hat sich seit 1992 fast halbiert. Durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm würde wieder europäisches Normalniveau erreicht.

Die EU muss gemeinsame Anstrengungen organisieren, die Wirtschaftskraft und die Lebensbedingungen in Europa nachhaltig zu verbessern. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss grundlegend reformiert werden. Gegenwärtig treibt er durch die „Maastricht-Kriterien“ die Staaten dazu, in wirtschaftlichen Schwächephase zusätzlich Ausgaben zu kürzen und damit die Krise zu verstärken. Die europäische Zentralbank muss neben dem Ziel der Inflationsvermeidung gleichrangig auf Wachstum und Beschäftigung verpflichtet werden.

### **Ein europäisches Investitions- und Wachstumsprogramm**

Die EU muss ein großes europäisches Investitionsprogramm auflegen. Etwa ein Prozent der Wirtschaftsleistung der EU sollten in Investitionen zum Ausbau der transeuropäischen Verkehrs- und Kommunikationsnetze und in Projekte zur Verbesserung der

wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen sowie der Umwelt gelenkt werden. Das sind etwa 100 Milliarden Euro. Die Regionalförderung muss aufgestockt werden. So kann in den neuen Mitgliedsländern ein dynamischer Aufholprozess in Gang gesetzt werden, ohne die Förderung für Krisenregionen in den bisherigen Mitgliedsländern aufzugeben.

Löhne und soziale Standards müssen nach oben und nicht nach unten angeglichen werden. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern müssen dabei zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Wachsende Produktivität in den aufholenden Ländern muss sich in steigenden Löhnen niederschlagen und nicht nur in steigenden Gewinnen der Konzerne. Das liegt auch im Interesse der Beschäftigten in den reicheren Ländern.

**Auch die EU braucht einen Kurswechsel: öffentliche Investitionen für ein Europa der Menschen statt ein Europa der Märkte.**

### **Das europäische Sozialmodell stärken**

Die auch mit Hilfe der EU betriebene Politik der Privatisierung sozialer Sicherung muss gestoppt werden. Die EU muss ihre Mitgliedsländer auf den Ausbau solidarischer sozialer Sicherungssysteme und die schrittweise Ausweitung des sozialen Schutzes orientieren. Eine Möglichkeit wäre, Mindestsätze für den Anteil der Sozialausgaben an der Wirtschaftsleistung vorzugeben.

Auch bei Löhnen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sind Mindestnormen notwendig, die dem europäischen Reichtumsniveau gerecht werden. Der öffentliche Sektor muss gesichert und gestärkt werden, damit er seine Aufgaben erfüllen kann.

*Eine Verbrüderung der Völker ist für die Arbeitersache höchst notwendig, denn immer wenn wir versuchen, unsere soziale Lage durch Verkürzung der Arbeitszeit oder Erhöhung der Löhne zu bessern, drohen unsere Fabrikanten, sie würden Franzosen, Deutsche, Belgier und andere herüberbringen, um unsere Arbeit zu geringem Lohn ausführen zu lassen. Unser Ziel ist es, die Löhne der schlechter Bezahlten soweit wie möglich an die der besser Bezahlten anzugleichen und es unseren Arbeitgebern nicht zu erlauben, uns gegeneinander auszuspielen und uns auf das niedrigste Niveau herunterzudrücken.*

*London Trades' Council „An die Arbeiter Frankreichs von den Arbeitern Englands“, 1863*

## QUELLEN UND LITERATUR

### Quellen zu den Grafiken:

- Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Seite 4)
- Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik (Seite 5)
- OECD, Economic Outlook No. 73, 2003 (Seite 6 oben)
- Statistisches Bundesamt, Deutscher Außenhandel vor der EU-Erweiterung, Wiesbaden 2004 (Seite 6 unten und 11)
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 31/2003 (Seite 7)
- OECD, Patent Database, July 2003 (Seite 8)
- Eurostat, Daten Langfristindikatoren (Seite 10)
- Ecofin Ameco Database März und April 2004 (Seite 12 und 14)
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 14/2004 (Seite 15)
- ISI – Fraunhofer Institut Systemtechnik und Innovationsforschung; Auslandsproduktion – Chance oder Risiko für den Produktionsstandort Deutschland? Mitteilungen aus der Produktionsinnovationserhebung Nr. 26, August 2002 (Seite 17)
- UNCTAD, World Investment Report 2003 (Seite 18)
- Gemeinsame Unternehmensbefragung von KfW Bankengruppe und IKB Deutsche Industriebank: Studie zu den Auslandsaktivitäten deutscher Unternehmen: Beschäftigungseffekte und Folgen für den Standort Deutschland, April 2004 (Seite 19)
- EU-Kommission: Structures of the taxation systems in the European Union: 1995–2001 (Seite 20)
- OECD, eigene Berechnungen (Seite 22)
- Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen und Vorschläge (Seite 23)

### Zum Weiterlesen:

- Mai 2004: Die EU wird größer, herausgegeben vom DGB-Bundesvorstand, Abt. für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik
- Gewerkschaftliche Interessenvertretung in den neuen EU-Ländern, herausgegeben von ver.di Bundesverwaltung, Bereich Europäische und Internationale Politik und Bereich Mitbestimmung, Mai 2004
- Industriepolitik: Industriestandort und internationale Wettbewerbsfähigkeit – Außenhandel und Direktinvestitionen in der Metallindustrie, herausgegeben von IG Metall, FB Wirtschaft-Technologie-Umwelt, März 2004
- Mitbestimmung März 3/2004; Themenschwerpunkt: Zwischen Verlagerungsdruck und Exportchancen
- WSI-Mitteilungen Heft 1/2003, Schwerpunkt: Europa vor der EU-Osterweiterung
- Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten, Schlussbericht der Enquete-Kommission, Deutscher Bundestag Mai 2002
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 9/2003: Export stützt Beschäftigung
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 19/2004: Hohe Dynamik im Außenhandel Deutschlands bei nur verhaltener Wirtschaftsentwicklung im Inland
- Hartmut Hirsch-Kreienzen/Anja Schulte; Internationalisierung von Unternehmen: Das Phänomen der Rückverlagerung; in: WSI-Mitteilungen 7/2002
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag: Produktionsverlagerung als Element der Globalisierungsstrategie von Unternehmen: Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, Mai 2003
- Döhrn, Roland, Bestimmungsgründe und Auswirkungen von Direktinvestitionen der deutschen chemischen Industrie/Roland Döhrn. Hrsg.: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung. Unter Mitarb. von Nils A. Radmacher-Nottelmann. – Essen: RWI, 2002

### ver.di-Materialien, verfügbar unter [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de):

- Staatsfinanzen stärken. Zukunftsaufgaben zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum
- Mehr Einkommen, mehr Kaufkraft! Lohnpolitik für Einkommen, Nachfrage und Beschäftigung
- „Lohnnebenkosten“ senken? Schafft und sichert keine Arbeitsplätze
- Mythos Demografie
- Vermögensteuer – Erbschaftsteuer
- Positionspapier „Wirtschafts- und Finanzpolitik“, Beschluss des ver.di Bundesvorstand Berlin vom 27. Januar 2003
- Positionspapier „Gerechte Steuern – Staatsfinanzen stärken“, Beschluss vom 1. April 2004 des ver.di Bundesvorstands, Berlin
- Gerechte Steuern – Öffentliche Finanzen stärken. Gemeinsames Steuerkonzept von ver.di, attac und IG Metall, Mai 2004

**Auf unserer Website können die Materialien des Bereichs über einen elektronischen Verteiler abonniert werden.**

[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft